

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

des Sekretariats  
für den Konvent

---

Betr.: **Arbeitskreis "Eigenmittel"**

---

Die Mitglieder des Konvents erhalten in der Anlage den Rahmen für die Beratungen des Arbeitskreises "Eigenmittel", wie er vom Präsidium festgelegt wurde. Den Vorsitz im Arbeitskreis führt Herr Iñigo Méndez de Vigo.

Der Arbeitskreis soll im engsten Rahmen zusammenkommen, da für die erörterte Thematik besondere Sachkenntnis erforderlich ist.

### **Rahmen für die Beratungen des Arbeitskreises "Eigenmittel"**

Bei den Eigenmitteln handelt es sich um Einnahmen, mit denen der Haushalt der Union finanziert wird und die ihr im Rahmen einer jährlichen Obergrenze, welche als Prozentsatz des Bruttosozialprodukts der Union festgelegt wird, automatisch zustehen (was die Bezeichnung "Eigenmittel" rechtfertigt). Derzeit gibt es vier Arten von Eigenmitteln:

- die Agrarabschöpfungen
- die Zollabgaben des Gemeinsamen Zolltarifs
- ein Prozentsatz des Betrags, der sich aus der Anwendung eines nach Gemeinschaftsvorschriften festgelegten einheitlichen Satzes auf die MwSt-Besteuerungsgrundlage ergibt
- ein Betrag, der sich aus der Anwendung eines im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens festzulegenden Satzes auf die Summe der (einheitlich nach Gemeinschaftsvorschriften berechneten) Bruttosozialprodukte ergibt.

Der derzeitige prozentuale Anteil der beiden erstgenannten Arten, die auch die beiden am längsten bestehenden sind, an den Gesamteinnahmen der Union ist ziemlich gering.

Der Haushalt der Union wird durch den jährlichen Gesamtbetrag der Einnahmen begrenzt. Dieser Gesamtbetrag ist bei jeder Verhandlung Gegenstand der Erörterungen über die Finanzielle Vorausschau, wird jedoch in dem auf der Grundlage von Artikel 269 EGV angenommenen Beschluss über das System der Eigenmittel bestätigt, in dem auch die jeweiligen Anteile der verschiedenen Arten der Eigenmittel am Gesamtbetrag festgelegt werden.

Die Arbeitsgruppe "Vereinfachung" hat sich bei ihren Überlegungen zur Vereinfachung des Haushaltsverfahrens darauf beschränkt, anzuerkennen, dass dem Rat bei der Festlegung des Systems der Eigenmittel der Union, das anschließend von den Mitgliedstaaten anzunehmen ist, eine entscheidende Rolle zukommt. Im Plenum des Konvents ergaben sich keine weiteren Gesichtspunkte. Aus diesem Grund hat das Präsidium beschlossen, vorläufig einen Entwurf für Artikel 38 vorzulegen, der den derzeitigen Artikel 269 EGV wiedergibt:

*"Der Haushalt wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert.*

*Der Rat legt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig die Bestimmungen über das System der Eigenmittel der Gemeinschaft fest und empfiehlt sie den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften."*

Gleichwohl möchte das Präsidium den Konvent darauf aufmerksam machen, dass sich hinter dieser Bestimmung eine komplexe Problematik verbirgt.

In der Tat ist in Artikel 269 EGV vorgesehen, dass die Vorschriften über das System der Eigenmittel der Union einstimmig verabschiedet werden. Es handelt sich jedoch nicht um verbindliche Vorschriften; der Rat empfiehlt den Mitgliedstaaten lediglich die Ratifizierung. Daher stellt sich die Frage, ob dieses Verfahren auch in Zukunft noch - unter Berücksichtigung der großen Anzahl der Mitgliedstaaten - gewährleisten kann, dass die für die Finanzierung der Politikbereiche der Union erforderlichen Maßnahmen angenommen werden. In diesem Zusammenhang stellen sich zwei Fragen:

Zum einen die Frage, ob es in einem erweiterten Europa möglich sein wird, die Finanzierung der Union über einen einstimmig anzunehmenden Beschluss sicherzustellen. Wäre es aber andererseits vorstellbar, dass die Union einen Mitgliedstaat um einen finanziellen Beitrag zu ihrem Haushalt ersuchen kann, ohne dass die Modalitäten und die Obergrenze von der Regierung dieses Mitgliedstaates vorher gebilligt worden wären?

Zum anderen die Frage, ob es - wenn die Einstimmigkeit beibehalten wird - unerlässlich wäre, daran festzuhalten, dass die Mitgliedstaaten bei jeder Änderung des Systems der Eigenmittel die betreffenden Bestimmungen annehmen müssen? Hierzu wäre anzumerken, dass eine Änderung des Verfahrens dahin gehend, dass die Notwendigkeit einer Ratifizierung in den Mitgliedstaaten künftig entfällt, bedeuten würde, dass eine Kompetenz der Union geschaffen würde, der in Titel III der Verfassung Rechnung zu tragen wäre.

Es stellt sich ebenfalls die Frage, ob das derzeitige Verfahren es der Union ermöglicht, weitere Eigenmittel einzuführen. Der relative Anteil der beiden vorstehend erstgenannten Eigenmittel an der Finanzierung ist stark rückläufig, während die beiden letztgenannten Eigenmittel nach Auffassung

einiger Mitglieder des Konvents keine echten Eigenmittel, sondern eher nationale Beiträge sind. Diese Mitglieder des Konvents <sup>1</sup> möchten, dass die Union über autonomere Mittel verfügt, die auf verschiedenste Weise erlangt werden könnten. Würde eine derartige Entwicklung mit dem zurzeit in Artikel 269 EGV vorgesehenen Verfahren möglich sein?

Das Präsidium ist der Auffassung, dass die Erörterungen in einem fachspezifischen Arbeitskreis im engeren Rahmen fortgeführt werden sollten, dessen Aufgabe die Beantwortung der folgenden Fragen wäre:

- a) Soll in dem Verfahren nach Artikel 269 EGV die Einstimmigkeit für den Beschluss des Rates beibehalten werden? Welche Rolle soll dem Europäischen Parlament zukommen?
  - b) Soll in dem Verfahren nach Artikel 269 EGV die Forderung nach Annahme der betreffenden Bestimmungen durch die Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften beibehalten werden, oder soll die Finanzierung eine Kompetenz der Union werden?
  - c) Entspricht das derzeitige System der Eigenmittel im Hinblick auf Gerechtigkeit und Transparenz den Erwartungen der Bürger?
  - d) Erlaubt das derzeitige Verfahren der Beschlussfassung eine grundlegende Änderung dieses Systems der Eigenmittel?
- 

---

<sup>1</sup> Dazu wurden mehrere Beiträge vorgelegt.